Foto: Erich Malter

**Prof. Dr. Klaus J. Bade**

Klaus J. Bade, 1944 in Sierentz (Elsass) geboren, ist Professor für Neueste Geschichte und Direktor des interdisziplinären Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück. Er war 2003/04 Stellvertretender Vorsitzender des Sachverständigenrats für Zuwanderung und Integration der Bundesregierung und ist Begründer und Mitvorstand des bundesweiten wissenschaftlichen Rates für Migration (RfM).

Er ist Autor und Herausgeber von fast vierzig Büchern und zahlreichen Schriften. Zu seinen wichtigsten Werken gehören der Band „Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland: Migration in Geschichte und Gegenwart“ (C. H. Beck, München 1992) und das in vier Sprachen übersetzte Werk „Europa in Bewegung: Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart“ (C.H. Beck, München 2000). Zuletzt erschien von ihm das zusammen mit Jochen Oltmer geschriebene Buch „Normalfall Migration“ (Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn 2004). Zur Zeit arbeitet er in einem vierköpfigen Herausgeberteam an der Vorbereitung einer „Europäischen Enzyklopädie Migration – Integration – Minderheiten seit dem 17. Jahrhundert“, die 2005/06 in deutscher und dann auch in englischer Sprache erscheinen soll.

*Anschrift* Prof. Dr. Klaus Bade,
Universität Osnabrück,
FB2 / Institut für Migrationsforschung
und Interkulturelle Studien (IMIS)
Neuer Graben 19/21
49069 Osnabrück
Deutschland
www.imis.uni-osnabrueck.de

# Europa: Immigration, Integration und kulturelle Toleranz

Adelbert Reif im Gespräch mit dem Migrationsforscher
Professor Dr. Klaus J. Bade

***Die Jahrhundertthemen „Migration" und „Integration" haben in Europa und insbesondere in Deutschland negative Hochkonjunktur. Den Hintergrund bilden weltweite Migrationsprobleme. Hinzu kommt eine weithin empfundene Krise der Integrationskonzepte, deren negatives Symbol der Mord an dem niederländischen Filmemacher Theo van Gogh im November 2004 war. Sie findet in Deutschland Ausdruck in Angstworten wie „Parallelgesellschaft", „fundamentalistische Bedrohung", „Religiosität als Gefahr" und „deutsche Leitkultur". Für den renommierten Migrationsforscher Professor Dr. Klaus J. Bade steht fest: „Die Themen Migration und Integration werden Europa auch in Zukunft begleiten." Und seine Mahnung lautet: „Jede weitere politische Erkenntnisverweigerung oder Tabuisierung, jede populistische Ersatzhandlung, jede defensive Verdrängung oder Vernachlässigung dieses brisanten Themas, jede weitere Flucht aus der Handlungsverantwortung aus Angst vor dem Bürger als Wähler kommt fahrlässiger Selbstgefährdung gleich." Im folgenden Gespräch äußert sich der Wissenschaftler zu einigen aktuellen Fragen der Migrations- und Integrationsproblematik.***

**conturen:** Seit mindestens zwei Jahrhunderten vollziehen sich in Europa Prozesse der Ein- und Auswanderung und dennoch wird diese Wirklichkeit von den europäischen Gesellschaften kaum als solche angenommen. Worauf führen Sie diese Verweigerungshaltung zurück?

***Abwehr- und Sicherheitsmaßnahmen statt aktiver Migrationspolitik***

**Bade:** In der Tat erleben die Europäer das gegenwärtige Migrationsgeschehen als eine Art historische Ausnahmesituation, als etwas Bedrohliches. Sie reagieren darauf weniger mit aktiver Migrationspolitik als mit Abwehr- und Sicherheitsmaßnahmen. Das hängt zum einen damit zusammen, dass einige Migrationsmuster, mit denen wir heute konfrontiert sind, uns im Laufe der Geschichte in dieser Dimension nicht begegnet sind. Zum anderen aber ist beim Stichwort Migration bereits seit langer Zeit eine kollektive Amnesie vorherrschend. Vor diesem Hintergrund werden die aktuellen Vorgänge tatsächlich als etwas Neues erlebt, an dem sich alle möglichen Vorurteile und Projektionen ablagern können.

***Vorurteile und Projektionen***

**conturen:** Lassen sich die europäischen Migrationsbewegungen der Vergangenheit mit den heutigen überhaupt vergleichen?

*„Jahrhundert der Flüchtlinge“*

**Bade:** Die Massenwanderungen, die wir im 20. Jahrhundert erlebt haben, stellen in ihrer Dimension zweifellos eine Besonderheit der europäischen Wanderungsgeschichte dar. Nicht ohne Grund sprechen wir vom „Jahrhundert der Flüchtlinge“, das übrigens mit der Jahrhundertwende keineswegs zu Ende ging. Wir sind vielmehr in ein zweites Jahrhundert der Flüchtlinge eingetreten, und die Probleme dauern weltweit an.

*James F. Hollifield: das „liberale Paradox“*

Die großen europäischen Auswanderungsbewegungen hingegen gehören der Geschichte an. Heute sehen wir uns in Europa mit Einwanderungsproblemen konfrontiert, die Europäer früher vorwiegend außerhalb des Kontinents verursachten. Ein gravierender Unterschied zur Vergangenheit liegt darüber hinaus in dem, was mein amerikanischer Kollege James F. Hollifield das „liberale Paradox“ nennt: Das heißt, die liberalen Demokratien und Wohlfahrtsstaaten sind im Umgang mit dem Phänomen Migration eigentlich nicht „frei“. Sie können dauerhaft Zugewanderte nicht wieder ins Ausland zurückschicken; denn nach zureichendem Inlandsaufenthalt verfügen sie über Aufenthaltsrechte und ihr Familiennachzug steht unter dem Schutz der Gesetze des Aufnahmelandes.

**conturen:** Inwieweit haben sich die Motive, die Menschen dazu bewegen, ihre Heimat zu verlassen und sich auf Wanderschaft zu begeben, gewandelt?

*Das Elend der unfreiwilligen Wanderungen hat sich nicht verändert*

**Bade:** Viele Motive, die Europäer in der frühen Neuzeit zur Wanderung veranlassten, sind auch heute noch vorhanden. Das ganze Elend der unfreiwilligen Wanderungen hat sich nicht verändert, sondern nur verlagert. Es gibt nach wie vor weltweit religions- und konfessionsbedingte Zwangswanderungen, Vertreibungen, ‘ethnische Säuberungen’ usw.

*„Multiple Migrantenidentitäten“*

In und aus Europa gab es bis zum 18. Jahrhundert auch sehr starke konfessionsbedingte Gruppenwanderungen. Dabei spielten aber meist auch wirtschaftliche und soziale Motive eine Rolle. Heute spricht man im Blick auf die amtliche Zuschreibung von Migranteneigenschaften von „multiplen Migrantenidentitäten“ (Castles/Miller). Man kann also politisch verfolgter Aylsuchender und Wirtschaftswanderer zugleich sein und sich danach sein Zielland aussuchen, sofern man eine Chance dazu hat. Ähnliches galt aber auch in der frühen Neuzeit schon für die multiplen Motivationsgrundlagen von Wanderungsbewegungen. Im 19. Jahrhundert spielten dann die wirtschaftlichen und sozialen Motive eindeutig die größte Rolle. Im säkularen Wandel von der Gruppen- über die Familien- zur Einzelwanderung traten auch ökonomisch-spekulative Wanderungsmotive und Pendelwanderungen stärker hervor: Man ging dahin, wo die höchsten Löhne gezahlt werden und die besten Arbeitsbedingungen herrschen.

**conturen:** Waren diese weltweiten Arbeitsmärkte, wie wir sie heute kennen, in der Vergangenheit auch schon vorhanden?

**Bade:** Sie waren vorhanden, aber man hatte sie weniger umfassend im Blick als im Zeitalter der weltweiten Informationsvernetzung. Man ging nicht nach ‘Amerika’, weil man ‘auswandern’

wollte, sondern man brach auf, weil man in seiner Umgebung keine zureichenden Erwerbsmöglichkeiten fand. Im 17. und 18. Jahrhundert waren insgesamt Millionen von Europäern als maritime Wanderarbeiter in den Kolonial-, Handels- und Kriegsflotten unterwegs oder auch im Kolonialdienst beschäftigt. Viele zogen auch buchstäblich aus, um 'ihr Glück zu machen', hatten kein bestimmtes Ziel vor Augen, sondern ließen sich von der Suche nach Erwerbschancen treiben, wobei das 'Glück' oft Wunschvorstellung blieb.

*17. und 18. Jahrhundert: Millionen von Europäern waren als maritime Wanderarbeiter tätig*

Ein extrem wirkendes und doch gar nicht so ungewöhnliches Beispiel bietet die Geschichte eines gewissen Peter Hansen aus dem jütländischen Dorf Hajstrup bei Tondern im Herzogtum Schleswig. Er starb 1772 in Flensburg und hinterließ eine Art Autobiographie, die in unserer Zeit durch einen Zufall wiederentdeckt wurde. Sie zeigt, dass der Weg seiner Erwerbssuche vom Dorf in die Stadt um die halbe Welt geführt hatte: Weil er als nachgeborener Sohn das väterliche Anwesen nicht erben konnte, ging er auf Wanderschaft. Er kam über Kopenhagen bis Amsterdam, ließ sich dort für die niederländische Kolonialarmee anwerben und kämpfte zehn Jahre lang in Nordostbrasilien gegen die Portugiesen. Nach der Niederlage der Niederländer kehrte er 1754 auf dem Umweg über die Karibik zurück nach Amsterdam und von dort in sein Heimatdorf – wo es freilich nach wie vor nichts zu erben gab. Die Wanderschaft begann aufs Neue und führte schließlich in Flensburg durch Heirat, ansehnliche Erbschaft und beruflich-sozialen Aufstieg zu jenem ‚Glück', das in Brasilien nicht zu finden gewesen war.

*Erwerbssuche führte um die halbe Welt*

Im Grunde hatte aber das Mittelalter die höchste Wanderungsintensität. In der Neuzeit nahm sie etwas ab und im 19. und 20. Jahrhundert gab es wieder eine Zunahme, allerdings gestützt auf technische Hilfsmittel wie Flugzeug, Auto und Eisenbahn. Das heißt, wir fahren heute zwar weiter, sind aber nicht mobiler. Im Mittelalter gab es fast in jedem Leben eine Phase der Wanderschaft, nicht wenige gehörten dauerhaft zum ‚Fahrenden Volk', sesshaft auf Lebenszeit war nur eine Minderheit.

*Das Mittelalter hatte die höchste Wanderungsintensität*

**conturen:** Wurde das Wanderungsgeschehen damals nicht durch Landesgrenzen erheblich behindert und damit in seiner Dimension eingeschränkt?

**Bade:** Es gab in der Wanderungsgeschichte der Welt eine bestimmte Phase, in der das Wandern relativ frei vonstatten ging. Das war das 19. und frühe 20. Jahrhundert, in dem sich Wanderungsbewegungen im atlantischen Raum weitgehend frei entfalten konnten. Davor gab es vielfach obrigkeitliche Sperren. Im Zeitalter des Merkantilismus etwa, dem Zuwanderung Gewinn und Abwanderung wirtschaftlicher Verlust waren, schränkten Auswanderungsverbote die freie Wanderung über Grenzen ein. Nach dem Ersten Weltkrieg dann setzte ein, was der Soziologe Thalheim die protektionistische „Wanderungswirtschaft der Welt" nannte. Die Staaten intervenierten zunehmend in das Wanderungsgeschehen. Es kam zu Wanderungsverträgen und restriktiver Einwanderungspolitik.

*Im 19. Jahrhundert ging das Wandern relativ frei vonstatten*

*Restriktive Einwanderungspolitik nach dem Ersten Weltkrieg*

*Noch nie war Zuwanderung nach Europa so eingeschränkt wie heute*

Heute ist die Zuwanderung nach Europa so rigoros eingeschränkt wie noch nie in der europäischen Geschichte – allerdings waren auch die Zuwanderungen nach Europa nie so anhaltend stark. Trotzdem sind wir noch weit von einer europäischen Einwanderungspolitik entfernt, weit weg von einer europäischen Asylpolitik, aber längst angekommen bei einer Art europäischen Verteidigungspolitik gegen Zuwanderung von außen. Entlang den Grenzen des Schengener Abkommens findet zu Wasser und zu Lande ein regelrechter Abwehrkampf gegen Flüchtlinge statt. Gängig ist schon der Gedanke, ob man nicht Flüchtlinge, zum Beispiel in Nordafrika, in Aufnahmezentren einweisen solle, um sie zur Rückwanderung zu bewegen bzw. die Voraussetzungen dafür zu schaffen und sie jedenfalls zum größten Teil von Europa fern zu halten. Zugleich ist in Europa unter dem hässlichen Stichwort „Detention“ ein Wildwuchs von Abschiebeeinrichtungen entstanden – von freiwilligen Ausreisezentren bis zu regulären Abschiebeknästen unter Kontrolle privater Sicherheitsdienste.

**conturen:** Zu Widerständen gegen Einwanderer kam es aber doch in der Vergangenheit auch schon...

*Hugenottenwanderung: konfessionsbedingter Technologietransfer*

**Bade:** Bei allen größeren Einwanderungsprozessen gab es das Phänomen der wirtschaftlichen, sozialen, mentalen und zum Teil auch kulturellen Angst. Das galt auch für die Eingliederung der viel gerühmten Hugenotten in der frühen Neuzeit in England, in den Niederlanden und in Preußen. Die Hugenottenwanderung hatte mitunter etwas von einem konfessionsbedingten Technologietransfer. In dem damals noch verschlafenen Provinznest Berlin war Ende des 17. Jahrhunderts jeder fünfte Bürger ein „Réfugié“. Dieser Zustrom hat wesentlich zum wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung der Stadt beigetragen. Einerseits waren diese ‘Franzosen’ als Entwicklungshelfer sehr willkommen, weil sie neue Techniken ins Land brachten, das Steueraufkommen erhöhten und zur Mehrung dessen beitrugen, was man das ‚industriöse Ansehen’ nannte. Andererseits waren sie bei einheimischen Gewerbetreibenden zunächst oft verhasst, gerade weil sie andere, bessere oder billigere Produkte boten. Das Geheimnis der Bewältigung des Problems lag schließlich darin, dass das zunächst nur obrigkeitliche Interesse am Neuen von außen schließlich auch allgemein die Oberhand gewann. Aber das dauerte zum Teil mehrere Generationen.

*Heute stehen diffuse Ängste im Vordergrund*

*„Hassprediger“ gibt es auf beiden Seiten*

Bei den heutigen Massenwanderungen stehen allerdings eher diffuse als konkrete Ängste im Vordergrund. Es ist nicht die direkte Angst vor dem Konkurrenten, der nebenan wohnt, sondern es ist eine unbestimmte Angst vor Zuwanderern, die auf dem Arbeitsmarkt oder im Sozialbereich die eigenen Chancen zu reduzieren scheinen. Deswegen können diese emotional echten und doch sachlich falschen Ängste mit allen möglichen Konstrukten und Ideologemen befrachtet werden. Das macht das Problem gefährlich und populistischen Demagogen zugänglich; denn „Hassprediger“ gibt es durchaus auf beiden Seiten: bei fundamentalistischen Agitatoren in der Tarnkleidung von Imamen und unter populistischen Meinungsführern der Aufnahmeländer mit ihren Schockwarnungen von „Parallelgesellschaften“ und von der Gefährdung

des „christlichen Abendlandes“ durch den „eingewanderten Islam“ – der in Deutschland längst zu der nach Protestanten und Katholiken drittstärksten Religionsgemeinschaft aufgestiegen ist.

**conturen:** Ist der Islam in Europa eine soziale und kulturelle Gefahr oder ist das eine Gespensterdebatte?

*Religiosität ist grundsätzlich keine Gefahr*

**Bade:** Religiosität ist grundsätzlich keine Gefahr. Das religiöse Bekenntnis ist Privatsache. Alle Bürger und Bürgerinnen haben ein Recht darauf, nach Ihrem Bekenntnis zu leben, so lange das im Rahmen des von der Verfassung festgelegten Wertekanons bleibt. Religiosität spielt aber mitunter im Einwanderungsprozess eine Rolle, die bei Menschen ohne Migrationshintergrund gar nicht bekannt ist: Die Religion ist oft die letzte Zuflucht von im Integrationsprozess benachteiligten Gruppen. Sie bietet Trost oder auch Deutungen für Probleme des Lebensalltags in der Einwanderungssituation. Das ist nicht gefährlich, sondern hilfreich, kann aber durchaus von fundamentalistischen Agitatoren ausgenützt werden.

*Herkunftsgemeinschaften: hilfreiche Übergangserscheinungen*

Religiosität als solche ist also ebenso wenig gefährlich wie die Bildung von Herkunftsgemeinschaften im Einwanderungsprozess, die keine „Parallelgesellschaften“ sind, sondern Schutz- und Selbsthilfegemeinschaften, also hilfreiche Übergangserscheinungen im Integrationsprozess. Was von der Mehrheitsgesellschaft ohne Migrationshintergrund häufig als bewusste Abkapselung verstanden wird, ist meist nur ein Hinweis auf das Vorliegen einer echten Einwanderungssituation. Was heute „Klein Istanbul“ in Deutschland ist, war im 19. Jahrhundert „Little Germany“ in den USA. Und die Amerikaner haben sich über ‚diese verdammten Deutschen’ oft nicht weniger aufgeregt.

*Integration ist ein langer Kultur- und Sozialprozess*

Man braucht Geduld und einen langen Atem; denn Integration ist ein langer Kultur- und Sozialprozess, der mitunter sogar die lebensgeschichtliche Dimension übersteigen und zu einem intergenerativen Prozess werden kann. Deswegen redet man ja heute auch in Deutschland von der ersten, der zweiten und sogar der dritten Einwanderergeneration. Bei der deutschen Einwanderung in die USA war das meist kaum anders: „Deutsche in Amerika“ (erste Generation) – „Deutsch-Amerikaner“ (zweite Generation) – „Amerikaner deutscher Herkunft“ (dritte Generation). In Deutschland wurde noch bis vor kurzer Zeit von „Türken in Deutschland“ geredet (die in der Türkei schon „Deutschländer“ hießen). Heute spricht man in Deutschland zunehmend von „Deutsch-Türken“ und später wird von „Deutschen türkischer Herkunft“ die Rede sein. Gut Ding will Weile haben, man muss diese Entwicklungslinien sozusagen mit der kulturellen Weitsichtbrille lesen und nicht immer nur auf die gerade für die Anfänge typischen Störungen gucken, die alles im Sinne dessen erscheinen lassen, was mein niederländischer Kollege Leo Lucassen unlängst ”bumpy integration”, also” Integration auf Stottern” genannt hat.

*Mit der „kulturellen Weitsichtbrille“ lesen*

**conturen:** Wie beurteilen Sie die inzwischen schon zum Schlagwort gewordene Rede von der „Festung Europa“?

*Zuwanderung ist in gewissem Umfang erwünscht*

**Bade:** ‚Radio Eriwan', mit Verlaub: Man kann diese Frage positiv wie negativ beantworten. Falsch ist die Rede von der „Festung Europa", wenn dabei nicht berücksichtigt wird, dass es nach wie vor eine beträchtliche Zahl von legalen Zuwanderungen nach Europa gibt, die in gewissem Umfang toleriert werden oder sogar erwünscht sind: Flüchtlinge, Asylsuchende, Familienzuwanderungen oder auch privilegierte Wanderungen, also zum Beispiel Spätaussiedler und Juden aus der GUS in Deutschland, in manchen früheren Kolonialstaaten Nachfahren von Menschen aus den einstigen Kolonien, aber auch die unterschiedlichsten Experten- und Elitenwanderungen und mancherlei Kuriositäten.

*Tief gestaffeltes Kontrollsystem vor Europa*

Es gibt also nach wie vor eine – wenn auch abnehmende – Vielfalt legaler Wege nach Europa, die die Rede von der „Festung Europa" zweifelhaft erscheinen lässt. Richtig ist die Rede von der „Festung Europa" hingegen, wenn man daran denkt, dass weit mehr Zuwanderungen durch ein tief gestaffeltes Kontroll- und Abwehrsystem bereits vor Europa abgestoppt werden, bevor sie überhaupt in die Reichweite von Gesetzen kommen, die ihnen – zum Beispiel verfolgten Flüchtlingen – helfen könnten, die Schutzwälle um die „Festung" zu überwinden.

*Ein Ring von „sicheren Drittstaaten"*

*„Festung Europa": ein Streit um des Kaisers Bart*

Deutschland zum Beispiel stoppt unerwünschte Zuwanderungen vor seinen Grenzen durch einen geschlossenen und auf legalem Wege undurchdringbaren Ring von „sicheren Drittstaaten". So kann Deutschland von asylsuchenden Flüchtlingen auf dem Landweg im Prinzip nicht mehr erreicht werden. Dass Asylsuchende im Prinzip nur mit dem Flugzeug kommen können, bewirkt natürlich bereits eine soziale Selektionsfunktion. Nur fünf Prozent sind in der Lage, ein Flugticket zu bezahlen. Aber sie kommen bei ihrer Ankunft nicht etwa nach Deutschland, sondern in den exterritorialen Bereich im Flughafen. Dort wird entschieden, ob überhaupt ein Asylverfahren begonnen wird oder ob sie gleich oder bald wieder abgeschoben werden. Letztlich aber ist die Rede von der ‚Festung Europa' ein Streit um des Kaisers Bart; denn es ist immer Zweck einer Festung, Schutz zu bieten gegen diejenigen, die angeblich oder tatsächlich bedrohlich sind und nur die reinzulassen, die man haben will.

**conturen:** Welchen Einfluss wird die schon vorhandene und zweifellos weiter zunehmende Migration aus außereuropäischen Ländern auf die zukünftige Kultur Europas ausüben?

*Europa ist sehr viel „bunter" geworden*

**Bade:** Kultur ist kein Zustand, sondern ein historischer Prozess. Darin gewinnt jede Zeit ihre eigene Form. Ich denke, dass wir in Europa eine Kultur haben, deren Grundorientierung man als freiheitlich-demokratisch, liberal und wohlfahrtsstaatlich beschreiben könnte. Wollen wir diese Rechtsgrundlagen und Freiheitsspielräume erhalten, dann müssen wir uns damit abfinden, dass Europa sehr viel „bunter" geworden ist, dies noch mehr werden wird und dass dieser Prozess, der schon seit einigen Jahrzehnten im Gange und nicht mehr umkehrbar ist, zur neueren europäischen Geschichte und zur Zukunft Europas gehört.

Vorstellungen von ‚kultureller Homogenität' laufen in die Irre. So etwas gab es in der europäischen Geschichte nie. Es kommt je-

doch sehr darauf an, wie man im Laufe der Jahrzehnte kulturelle Unterschiede definierte. In den fünfziger und sechziger Jahren zum Beispiel waren ‚die Italiener', wenn sie in Italien blieben, den Deutschen angenehme Zeitgenossen für den Urlaub. Kamen sie in großer Zahl ins eigene Land, wirkten sie für Viele plötzlich bedrohlich, zumal als sich abzeichnete, dass aus ‚Gastarbeitern' Einwanderer wurden. Auf Italiener folgten in großer Zahl Griechen, Spanier, Portugiesen und Jugoslawen. Ein kulturalistischer Bruch trat in vielen Köpfen ein, als ‚die Türken' kamen und mit 'dem Islam' geradewegs der Untergang des christlichen Abendlandes zu drohen schien.

*„Kulturelle Homogenität" gab es in der europäischen Geschichte nie*

So rückte der Prozess der kulturalistischen Fremdheitszuschreibungen immer weiter nach außen, bis sich mit der wachsenden Zuwanderung von Flüchtlingen und Asylsuchenden aus Afrika ein neues Feindbild abzeichnete. Den bislang jüngsten Schritt im Wandel der Feindbilder markierte die ‚Entdeckung' der ‚Illegalen', wobei oft Täter und Opfer verwechselt werden und ein Grundproblem ausgeklammert bleibt: Zur illegalen Ausländerbeschäftigung gehören immer zwei – ein ausländischer Arbeitnehmer, der illegal ist und ein inländischer Arbeitgeber, der illegal handelt. Anders gewendet: Solange es in Europa zwar Interesse an illegaler Ausländerbeschäftigung, aber statt eines europäischen Migrationskonzepts nur Abwehrstrategien gegen unerwünschte Zuwanderungen gibt, solange wirkt Europa selber mit an der Illegalisierung der Zuwanderung von außen und am Feindbild der illegalen Einwanderung im Inneren.

*Ein neues Feindbild: Asylsuchende aus Afrika*

*Zur illegalen Ausländerbeschäftigung gehören immer zwei*

**conturen:** Was aber soll angesichts dieser Tatsachenlage mit jenen Illegalen geschehen, die sich bereits im Land aufhalten?

**Bade:** Wir müssen uns an ein Paradox gewöhnen, an einen normalen Umgang mit dem Unnormalen; denn illegale Zuwanderung wird es immer geben. Wir haben heute nach Schätzungen etwa 500.000 bis 1.000.000 Illegale in Deutschland. Sie sind im informellen Sektor, also in der Schattenwirtschaft beschäftigt, zum Beispiel in den Reinigungs- sowie Pflegediensten und ganz allgemein in den häuslichen Diensten, im Baugewerbe, im Baunebengewerbe sowie in anderen saisonabhängigen ortsgebundenen Beschäftigungsbereichen. Wir brauchen Rechtschutz für die Opfer der Schattenwirtschaft, für die es auch elementare Menschenrechte gibt. Wir brauchen Straffreiheit für die Menschen, die sich im Rahmen ihrer beruflichen Pflichten um Illegale kümmern, vom Arzt bis zum Seelsorger. Und wir brauchen eine Zuwanderungskonzeption, die Arbeitswanderer nicht in die Illegalität drängt.

*Illegale Zuwanderung wird es immer geben*

Statt dessen kümmern wir uns fast nur um Kontroll- und Abwehrmaßnahmen, die sicher nötig, aber als solche unzureichend sind: Vom Grenzschutz bis zum Zoll haben wir Tausende von Bediensteten zur Bekämpfung der illegalen Ausländerbeschäftigung im Einsatz. Tatsächlich aber sind die Razzien, von denen gelegentlich berichtet wird, nur demonstrative Tropfen auf einen heißen Stein und der dabei aufsteigende Dampf ist mitunter eher geeignet, das diffuse Feindbild von den ‚illegalen Einwanderern' noch zu stärken.

*Kontroll- und Abwehrmaßnahmen*

*Ausnahmsweise Legalisierung von Beschäftigungsverhältnissen*

Man könnte ja statt dessen einmal darüber nachdenken, ob und unter welchen Bedingungen die Konzepte der „Regularisation", also die ausnahmsweise Legalisierung von illegalen Beschäftigungsverhältnissen auf Zeit oder auf Dauer, wie sie in Frankreich, in Italien und jetzt auch in Spanien praktiziert werden, auch ein Modell für mitteleuropäische Länder sein könnte. Der Zuwanderungsrat der Bundesregierung hat in seinem Jahresgutachten 2004 angeregt, dies auch einmal für Deutschland zu prüfen. Ich glaube aber, dass daraus politisch nichts werden wird.

**conturen:** Diese zunehmende Fremdenfeindlichkeit und vor allem die gewalttätigen Übergriffe gegen Fremde, die insbesondere in Deutschland fast schon zum Alltag geworden sind, bereiten natürlich Sorge...

*Fremdenfeindlichkeit ist stark verbreitet*

**Bade:** In Deutschland neigt man dazu, fremdenfeindliche Exzesse als etwas sehr Deutsches hinzustellen. Es gibt sie aber genauso in anderen europäischen Ländern. In Frankreich und England ist Fremdenfeindlichkeit stark verbreitet, ebenso in Schweden, Dänemark und jetzt auch in den als so liberal und tolerant geltenden Niederlanden. Man stelle sich mal vor, in Deutschland würden Synagogen, Moscheen oder auch christliche Kindergärten in Flammen versinken. Was Deutschland betrifft, so steht hier natürlich immer das düsterste Kapitel der deutschen Geschichte als bedrohliche Kulisse im Hintergrund, also der staatlich organisierte Massenmord an zu 'Fremden' erklärten Menschen im vom nationalsozialistischen Deutschland beherrschten Europa.

*Das düsterste Kapitel der deutschen Geschichte*

Gemeinsam ist allen europäischen Ländern, einschließlich der früheren Abwanderungsräume in der euro-mediterranen Zone, dass sie sich seit den achtziger Jahren in Einwanderungsländer verwandelt haben. Europa ist heute ein Einwanderungskontinent ohne Ausnahmen. Selbst die Türkei hat heute fallende Geburtenraten und befindet sich in einem rasanten Wandel vom Aus- zum Einwanderungsland. Noch fehlt es allerdings an einem europaweiten supranationalen Steuerungssystem. Aber die Weichen in diese Richtung sind in Brüssel längst gestellt. Alles wird sich daran entscheiden, ob es tatsächlich zu einem System europäischer Migrationspolitik kommt, das diesen Namen verdient, oder nur zu einem supranationalen Abwehrsystem.

*Es fehlt ein europaweites supranationales Steuerungssystem*

**conturen:** Wenn Europa längst zu einem Einwanderungskontinent geworden ist, wie Sie konstatieren, dann kann es doch keinen Zweifel mehr daran geben, dass mithin auch Deutschland ein Einwanderungsland ist?

*1990/91: Reform des Ausländerrechts*

**Bade:** Deutschland hat heute nicht mehr nur de facto, sondern auch de jure die Schwelle von einem informellen zu einem formellen modernen Einwanderungsland überschritten: 1990/91 betrieb der damalige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble die längst überfällige die Reform des Ausländerrechts. Zentraler Punkt der Reform war die Erleichterung der Einbürgerung. Das war der – noch einigermaßen konventionelle – erste Schritt zum informellen Einwanderungsland.

Der zweite Schritt kam 1999/2000 mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts durch Bundesinnenminister Otto Schily. Diese Reform brachte den Bruch mit der ethno-nationalen Tradition, von der noch immer eine atavistische Information in den Köpfen vieler Menschen steckt, die sich in der Formel zusammenfassen lässt: Deutscher kann man nur sein, aber nicht werden. Nach dem neuen Recht gibt es unter bestimmten Bedingungen auch den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt im Land.

*1999/2000: Reform des Staatsangehörigkeitsrechts*

Der dritte und letzte Schritt kam mit dem langen Kampf um das von Otto Schily vorgelegte Zuwanderungsgesetz, das am 1. Januar 2005 Rechtskraft erlangt hat und erstmals Zuwanderung und Integration zusammenführt zu einem großen Gestaltungsbereich. Das war, trotz aller Abstriche im politischen Einigungsprozess, erneut eine historische Zäsur. Die gesamte Migrationsverwaltung wurde reformiert, die Integrationsförderung zur staatlichen Aufgabe erklärt. Jetzt geht es darum, das alles nach dem Konzept „Fördern und Fordern“ realitätsbezogen umzusetzen im Sinne dessen, was Schily den „Einstieg in eine systematische Integrationspolitik“ genannt hat.

*Otto Schilys Zuwanderungsgesetz: eine historische Zäsur*

**conturen:** Verwirrung herrscht aber auch darüber, wie eine künftige Einwanderungspolitik aussehen sollte. Schon die Bevölkerungsprognosen sind mehr als widersprüchlich...

**Bade:** Wissenschaftlich gesicherte Bevölkerungsprognosen gibt es nicht, sondern nur Modellrechnungen, also Wenn-Dann-Aussagen. Es zeugt von gewaltigem Irrtum, wenn wir in der öffentlichen Diskussion über schlichte Bevölkerungszahlen reden und dann die Frage aufwerfen: Wie viel Menschen brauchen wir denn pro Jahr? Es geht weniger darum, wie viele Menschen wir brauchen, sondern welche. Wir haben doch in Deutschland momentan, grob vereinfacht gesprochen, nach Westen einen Export von Spitzenkräften und aus dem Osten einen Import von Traktoristen und Melkern, aber auch von qualifizieren Kräften, deren Zeugnisse wir jedoch oft nicht anerkennen. Das geht volkswirtschaftlich auf die Dauer nicht gut.

*Deutschland exportiert Spitzenkräfte nach Westen*

Wenn wir Migrationspolitik betreiben wollen, sollten wir zuerst über Ziele und erst dann über Zahlen reden. Wir müssen darüber nachdenken, wie das Profil der Zuwanderung aussehen, welche Erwerbsstruktur sie haben soll und was wir für die nächsten Jahrzehnte – und nicht nur für die jeweils nächste Legislaturperiode – durch eine gesteuerte Zuwanderung bewirken wollen. Dabei sind übrigens die Handlungsspielräume ohnehin eher begrenzt durch geschützte Zuwanderungen wie zum Beispiel den Familiennachzug, Spätaussiedler- und Asylzuwanderungen. Offenbar sind wir in Deutschland noch nicht recht in der Lage, die Probleme von Migration und Integration in der notwendigen Komplexität sachlich zu diskutieren. Beschrieben haben wir Wissenschaftler das schon seit rund zwei Jahrzehnten, aber lange war die politische Resonanz gleich Null.

*Wie soll das Profil der Zuwanderung aussehen?*

Außerdem vergessen wir, dass wir in Deutschland doch schon mehr als sieben Millionen Einwanderer der ersten, zweiten und dritten Generation im Land haben, denen gegenüber wir vielfach

rückwirkend noch eine Bringschuld haben. Ich habe das einmal in einem Anfall semantischer Erschöpfung „nachholende Integration“ genannt. Von meinen Presseartikeln, Rundfunk- und Fernsehkommentaren fand das Wort Eingang in die Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder und heute gehört die „nachholende Integration“ im Sinne von Sprachkursangeboten als ein Teilkonzept zum deutschen Zuwanderungs- und Integrationsgesetz. Man wird sehen müssen, ob die Angebote genügen, um den tatsächlichen und noch gar nicht ermittelten Bedarf zu decken.

*„Nachholende Integration“*

Anlass dafür gibt es genug: Die meisten Pionierwanderer haben wir von der Mitte der 1950er bis zum Beginn der 1970er Jahre mit unseren im Ausland tätigen Anwerbekommissionen für Beschäftigungsbereiche auf den untersten Ebenen des Arbeitsmarktes angeworben. „Gastarbeiter“ hat man sie damals in der öffentlichen Diskussion genannt. Später sind viele ihrer Arbeitsplätze und Beschäftigungsbereiche wegrationalisiert worden oder krisenbedingt entfallen und die Menschen verloren ihre Arbeit, während der Wandel von „Gastarbeitern“ zu Einwandererfamilien schon weit fortgeschritten, jedenfalls ohne Gewaltanwendung nicht mehr umzukehren war.

*„Gastarbeiter“ der fünfziger bis siebziger Jahre*

Statt forcierter Integrationspolitik mit entsprechenden Qualifikationsoffensiven wurde dann lange symbolische „Rückkehrförderungspolitik“ betrieben. Auch viele Chancen, den Einwandererfamilien zu helfen, wenigstens in der nächsten Generation eine höhere soziale Ebene zu erreichen, wurden verpasst. Das zeigen heute noch die Schulabschlusszahlen. Dass die Einwanderer dennoch ein fester Bestandteil dieser Gesellschaft geworden sind, ist weniger deutschen Integrationshilfen als ihrer eigenen Integrationsbereitschaft zu verdanken. Dafür muss man nicht ausdrücklich dankbar sein, denn Einwanderer kommen auf eigenes Risiko. Aber man sollte das wenigstens realitätsbezogen anerkennen und das populistische Geschwätz von der angeblich insgesamt gescheiterten Integration unterlassen. Es ist nicht Teil einer realitätsbezogenen Lösung, sondern Teil des Problems.

*Symbolische „Rückkehrförderungspolitik“*

*Integrationsbereitschaft der Einwanderer*

**conturen:** Heißt das, dass der Integrationsprozess allen Unkenrufen zum Trotz im Großen und Ganzen bisher erfolgreich verlaufen ist?

**Bade:** So ist es. In der Bundesrepublik begann die Geschichte der amtlich organisierten Zuwanderung 1955 mit dem deutsch-italienischen Anwerbeabkommen. Sie endete 1973 mit dem „Anwerbestopp“, der als Bumerang mit durchaus unerwünschten Folgen wirkte; denn „Gastarbeiter“, die die Bundesrepublik verlassen wollten, hatten fortan keine Möglichkeit mehr zurückzukehren. Das verstärkte nur den schon laufenden Familiennachzug. Auf diese Weise haben wir eine Art informellen Einwandererstatus geschaffen, der über die Zeitstufen des Aufenthaltsrechts hinweg immer sicherer wurde, bis er am Ende in ein Aufenthaltsrecht mündete. Dieser Prozess, der ganz pragmatisch ablief, führte dazu, dass wir schließlich eine immer größere Zahl regulärer Einwanderer im Land hatten. Dann erst wurde man sich der echten Einwanderungssituation bewusst und begann sie erschreckt zu dramati-

*1955: Deutsch-italienisches Anwerbeabkommen...*

*1973: „Anwerbestopp“*

sieren und zu skandalisieren unter dem bekannten Tabu „Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland“. Aber die Magie hat in Zeiten der Gesellschaftspolitik ausgedient.

*Ein Diskurs voller Widersprüche*

Es war, alles in allem, ein Diskurs voller Widersprüche: Wissenschaftler erklärten, aufgrund dieser auch amtlich gültigen defensiven Erkenntnisverweigerung könne keine sachgerechte Politik betrieben worden sein, selbst wenn die Ergebnisse passabel seien. Politiker und Behördenchefs wiederum beklagten, dass alles, was sie machten, mit dem Hinweis denunziert werde, es fehle das legislative bzw. administrative Bekenntnis zum Einwanderungsland. Und Einwanderer selbst beschrieben ihre Lage nicht selten als unbefriedigend, obwohl sie bei hinreichend langem Inlandsaufenthalt im großen und ganzen über die gleichen wirtschaftlichen und sozialen Rechte verfügten wie deutsche Staatsbürger, abgesehen vom Wahlrecht auf Bundes- und Landesebene. In Wirklichkeit ist die Integration trotz Schlachtenlärm und Wehgeschrei relativ erfolgreich verlaufen und braucht in Europa keinen Vergleich zu scheuen. Aber wir besitzen keinen hinreichenden mentalen Bezug dazu.

*Integration ist trotz Wehgeschrei relativ erfolgreich verlaufen*

Das kann man schon daran erkennen, dass die Redner der gleichen Parteien, die noch bis Anfang der 1990er Jahre das Motto der defensiven Erkenntnisverweigerung „Deutschland ist kein Einwanderungsland!“ intonierten und sich damit nicht zur kulturell vielfältig gewordenen gesellschaftlichen Realität bekennen wollten, heute von der inzwischen schon drei Generationen umspannenden Einwandererbevölkerung verlangen, sich öffentlich demonstrativ zur „deutschen Leitkultur“ zu bekennen. Das ist der beste Beleg für den mangelnden mentalen Bezug zu einer kulturell vielfältig gewordenen Realität.

*Kulturell vielfältige gesellschaftliche Realität*

**conturen:** Was brauchen wir, um diesen mentalen Bezug herzustellen?

*Wir brauchen ein positives Verhältnis zu Migration und Integration*

**Bade:** Wir brauchen ein normalisiertes, ein pragmatisches und möglichst positives Verhältnis zu den Zukunftsthemen Migration und Integration. Dazu brauchen wir nicht nur kulturelle Toleranz, sondern auch Selbstbewusstsein und Standfestigkeit auf dem stabilen Boden des Wertekanons unserer Verfassung. Wir brauchen politische Gestaltungsbereitschaft und die stete, positive Signale setzende Demonstration der Gestaltbarkeit dieses gesellschaftspolitisch eminent belangvollen, aber auch brisanten Handlungs- und Erfahrungsbereichs. Wir haben jetzt in Deutschland die dafür nötigen gesetzlichen und institutionellen Grundlagen. Aber wir brauchen die Rückkoppelung der fortgeschrittenen gesetzlichen und administrativen Reformen an die Vorstellungswelten der Bürger und Bürgerinnen und vor allem auch an die Vorstellungswelten von populistischen politischen Meinungsführern, die selber noch nicht in der Realität angekommen sind, statt dessen aber anderen fehlenden Realitätsbezug unterstellen. Das hat insgesamt etwas von dem, was die Amerikaner den „German way of thinking“ nennen.

Wir brauchen in Deutschland aber auch eine kontinuierliche wissenschaftliche Beobachtung von Migration und Integration auf

*Kontinuierliche wissenschaftliche Beobachtung ist notwendig*

der Grundlage von – bislang noch weitgehend fehlenden – gesicherten Daten und eine kontinuierliche Berichterstattung dazu. Dazu hat Bundesinnenminister Schily 2003 den Zuwanderungsrat eingesetzt, der auch im ursprünglichen Entwurf des Zuwanderungsgesetzes vorgesehen war, aber in der letzten Verhandlungsrunde im Vermittlungsausschuss im Sommer 2004 der politischen Konsensbildung geopfert wurde. Man hat ihn dann, nach seinem ersten Jahresgutachten, Ende 2004 schon wieder abgeschafft, inmitten einer neu aufflammenden und einigermaßen brisanten Integrationsdebatte – eine Art Abschaffung von institutionalisiertem Rat in einer Phase offenkundiger Ratlosigkeit. Das war eine der Merkwürdigkeiten, an denen die deutsche Migrations- und Integrationspolitik so reich ist.

*Behördliche und freie wissenschaftliche Forschung besser vernetzen*

Weiter: Behördliche und freie wissenschaftliche Forschung müssen besser vernetzt werden. An den Universitäten und Fachhochschulen brauchen wir dringend Studiengänge, die sich mit internationaler Migration und interkulturellen bzw. interethnischen Problemen befassen und entsprechendes Personal ausbilden, das heute häufig immer noch innerhalb von Behörden und Mittlerorganisationen über hausinterne entsprechende Kurse mühsam hochtrainiert wird. An der Universität Osnabrück haben wir zum Wintersemester 2004/05 einen solchen Studiengang gestartet. Er trägt den programmatischen Titel „Internationale Migration und interkulturelle Beziehungen“. Das hat große Resonanz gefunden, läuft gut und wird hoffentlich Nachahmung an anderen Universitäten finden.

**conturen:** Welche praktischen Auswirkungen wird die fortschreitende Globalisierung auf die Migrationsbewegungen haben?

*Bei den Arbeitswanderungen gibt es zwei große Ebenen*

**Bade:** Im weltweiten Wanderungsgeschehen gibt es bei den Arbeitswanderungen – also jenseits von Fluchtbewegungen, Familiennachzug und ethnisch privilegierten Migrationen – zwei große Ebenen: Ganz oben bewegen sich geschäftliche, technische, wissenschaftliche und im weitesten Sinne kulturelle Eliten, deren Zuwanderung sicherheitspolitisch nicht belangvoll erscheint und in der Regel durchaus erwünscht ist. Ganz unten bewegen sich die „neuen Heloten“, um Arbeitsplätze einzunehmen, die Einheimische oder früher Zugewanderte nicht mehr akzeptieren.

*„Für die weitere Zukunft sehe ich einen weltweiten Wettlauf um Zuwanderer“*

Was nun Europa anbelangt, so wird es von dem weltweiten Wanderungsgeschehen bislang nur zu etwa fünf Prozent tangiert. Infolge der Osterweiterung werden nach Ablauf der unterschiedlichen Sperrfristen an den nationalen Arbeitsmärkten der EU zunächst zwar stärkere Wanderungen nach Zentraleuropa kommen, aber mit dem zu erwartenden wirtschaftlichen Wachstum in den Ausgangsräumen in Pendel- oder Zeitwanderungen übergehen. Für die weitere Zukunft sehe ich allerdings etwas anderes voraus, nämlich einen weltweiten Wettlauf um Zuwanderer. Die Angst der Zukunft könnte in Europa mehr eine Angst um Menschen als vor Menschen sein. Aber man muss immer wieder betonen, dass Zuwanderung kein Allheilmittel ist, dass man also die mit Bevölkerungsrückgang und demographischer Alterung verbundenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme durch

Zuwanderung nur in ihren Folgen für die sozialen Sicherheitssysteme auf Zeit abfedern, aber nicht lösen kann. Zuwanderung ist also kein Ersatz für die unerbittlich weiter anstehenden Reformen.

**conturen:** Sie gehen also davon aus, dass Europa in Zukunft gezwungen sein wird, Zuwanderer eher anzuwerben als abzuwehren?

*„Sozialverträglichkeit" der nötigen Migration*

**Bade:** In den achtziger Jahren wuchs in Europa die Einsicht, dass zur „Sozialverträglichkeit" der nötigen Migration von außen die Integration im Inneren gehört, die wiederum nur dann möglich ist, wenn die Zuwanderung von außen kontrollierbar und steuerbar bleibt. Dieser Grundgedanke wurde in der Folge, bevor er sich noch zu integralen Konzepten verdichten konnte, gekippt in Gestalt eines einseitigen Umschwenkens in Richtung auf Kontrolle und Restriktion. Während wir in Sachen Migration noch diese abwehrorientierte Sicherheitspolitik betreiben, hat sich die von Wissenschaftlern seit langem angebotene Information herumgesprochen, dass die Bevölkerungszahlen beschleunigt zu sinken beginnen. Noch wird diese „Entdeckung" politisch geschönt, um Hysterie und populistische Demagogie zu begrenzen. Deshalb gibt es in diesem Zusammenhang in der öffentlichen Debatte, aber auch in der politischen Planungsdiskussion noch immer mehr offene als geklärte Fragen und viele Aufhänger, an denen populistische Agitatoren ihre hysterischen Eskapaden verankern können.

*Bevölkerungszahlen beginnen beschleunigt zu sinken*

Wir brauchen Realitätsbezug, Gelassenheit und Mut zu uns selbst in der Auseinandersetzung mit den anstehenden Fragen. Dieses „wir" schließt dabei auch die Einwanderer ein. Dabei können wir in Europa noch viel von Nordamerika und Kanada lernen, wo man historisch schon ein paar Jahrhunderte mehr Erfahrung mit Einwanderung hat. Dort hat man bis heute keinen negativen, sondern einen positiven Migrationsbegriff – und man hat das „ethnic vote", das polemische Redensarten auf Kosten von Minderheiten in Grenzen hält.

*Europa kann viel von Amerika und Kanada lernen*